

# Tunesien – Rassistische Razzien und Deportationen

Conni Gunßer

**Kein sicheres Land für Tunesier\*innen und Geflüchtete!**

**Ist Tunesien wirklich ein sicheres Land? Berichte sowohl tunesischer und internationaler Organisationen als auch von Geflüchteten und Migrant\*innen belegen eher das Gegenteil.**

**„Tunesien ist kein sicheres Herkunftsland“**

**Gemeinsames Internationales Statement**

Auf die alarmierende Entwicklung in Tunesien, das nach EU-Parlaments- und EU-Rats-Beschluss (siehe S. 21) als sicheres Herkunftsland gilt, weist das am 10.2.2026 veröffentlichte internationale Statement „Tunesien ist kein sicheres Land“ hin, das von 40 Organisationen aus ganz Europa, darunter der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., unterzeichnet wurde.

**Download:** <https://www.frsh.de/artikel/gemeinsame-erklaerung-ablehnung-der-eu-weiten-liste-sicherer-herkunftslander-tunesien-ist-kein-sicheres-land>

Doch das EU-Parlament und auch die deutsche Regierung haben vor kurzem Tunesien zu einem „sicheren Herkunftsland“ erklärt und zu befürchten ist, dass es demnächst durch den Europäischen Rat auch zu einem „sicheren Drittstaat“ deklariert wird, in den auch Menschen zurückgeschoben werden können, die sich nur vorübergehend dort aufgehalten haben.

## **Ein kurzer Frühling**

Tunesien ist vielen Deutschen als attraktives Urlaubsland bekannt. Aber es machte auch Schlagzeilen, als im Januar 2011 dort der langjährige Diktator Ben Ali gestürzt wurde und Tunesien den Auftakt zum sogenannten „Arabischen Frühling“ gab. Eine neue demokratische Verfassung wurde verabschiedet, gleiche Rechte für Frauen wurden festgeschrieben, Wahlen durchgeführt und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet, die sich politisch äußern, Demonstrationen und auch kontroverse kulturelle Aktivitäten organisieren konnten.

Nicht zuletzt konnte 2013 und 2015 das Weltsozialforum in Tunis stattfinden. In dessen Rahmen gab es aber auch Kritik an der Migrationspolitik der tunesischen Regierung, vor allem von Geflüchteten aus dem Camp Choucha, einem riesigen Lager an der libyschen Grenze. Nach Beginn des (Bürger-)Kriegs in Libyen waren dorthin Tausende Menschen geflohen, zum einen Libyer\*innen, aber auch viele Menschen aus verschiedenen asiatischen und afrikanischen Ländern, die in Libyen gearbeitet oder studiert hatten.

Aus der tunesischen Zivilgesellschaft gab es anfangs solidarische Unterstützung für diese Geflüchteten, aber insbesondere gegenüber Schwarzen Menschen aus Subsahara-Afrika schon damals auch weit ver-

breitete Vorbehalte. Eine Diskussion über anti-schwarzen Rassismus, der in vielen arabischen Ländern eine lange Geschichte hat, begann in Tunesien nach 2011 erst in kleinen Kreisen. Dabei leben insbesondere im Süden Tunesiens schon seit Jahrhunderten viele Schwarze Menschen mit tunesischer Staatsangehörigkeit – ein Erbe des transsaharischen Sklavenhandels. Ihre Diskriminierung ist auch Folge der Dominanz Weißer Menschen während des europäischen Kolonialismus.

## **Autoritäre Wende und Anti-migrationsdruck aus der EU**

Der demokratische Aufbruch in Tunesien wurde in den letzten Jahren schrittweise rückgängig gemacht. Seit 2019 der Rechtsprofessor Kais Saied mit einer populistischen Kampagne gegen Parteienstreit und Korruption die Präsidentschaftswahl gewann, wurden nach und nach die Gewaltenteilung aufgehoben, eine neue Verfassung, die dem Präsidenten fast uneingeschränkte Macht gibt, eingeführt und durch Dekrete gegen „Falschmeldungen und Gerüchte“ die Pressefreiheit weitgehend aufgehoben. Verhaftungen von Journalist\*innen, Blogger\*innen, Anwalt\*innen und anderen regierungskritischen Menschen wegen angeblicher „Verschwörung“ oder „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung“ fanden statt.

Ohne echte Gegenkandidat\*innen (die waren in Haft oder hatten Tunesien verlassen) und bei einer Wahlbeteiligung von nur 28,8% gewann Kais Saied 2024 wieder die Präsidentschaftswahl.

Migration war in Tunesien seit Jahrzehnten ein großes Thema, aber sie wurde auch für Tunesier\*innen durch die EU immer mehr erschwert: Seit 1990 wurde durch eine Vereinbarung der Schengenstaaten



die visafreie Einreise für viele Drittstaaten aufgehoben und ein Visum zu bekommen ist insbesondere für junge, arbeitslose Tunesier\*innen so gut wie unmöglich. 2011, als durch den Umsturz Polizei und Küstenwache zum Teil nicht mehr arbeiteten, stiegen Tausende Tunesier\*innen in Boote und erreichten Italien. Dies führte in den folgenden Jahren zu verstärktem Druck der EU auf die neue tunesische Regierung, solche Abfahrten und auch die zunehmenden Überfahrten von Menschen anderer Nationalitäten aus Tunesien zu verhindern, und finanzielle Hilfen wurden mit dieser Auflage verbunden. Seit 2017 gibt es ein Abschiebeabkommen zwischen Italien und Tunesien, bisher nur für tunesische Staatsbürger\*innen.

Am 15. Juli 2023 unterzeichneten Ursula von der Leyen, Giorgia Meloni und Mark Rutte in Tunis für die EU ein Abkommen, mit dem die strategische Partnerschaft mit Tunesiens Präsident Kais Saied begann. Die tunesische Nationalgarde erhielt Drohnen und Fahrzeuge aus der EU, Berlin spendierte der Küstenwache eine Ausbildungsakademie, Italien neue Patrouillenboote. Den Abbau der demokratischen Rechte in Tunesien hat die EU nicht öffentlich kritisiert. Ein Asylgesetz hat Tunesien bisher nicht. Asylanträge sind nur beim UNHCR und nur für Geflüchtete aus bestimmten Ländern möglich und die Registrierung hilft nicht bei Kontrollen und Festnahmen.

Im September 2025 waren 7.812 Personen als Asylsuchende registriert. Es ist unklar, ob/wie viele Anträge danach noch möglich waren, da die Repression und Mittelkürzungen auch den UNHCR betreffen. In den fünf vom UNHCR geführten Unterkünften in Tunesien lebten im November 2025 nur 327 Geflüchtete.<sup>1</sup>

### **Rassistische Hetzjagd und Kettenabschiebungen**

Im Februar 2023 hat Präsident Kais Saied mit einer Rede, in der er die in den letzten Jahren nach Tunesien eingewanderten Menschen aus Subsahara-Afrika für einen geplanten „Bevölkerungsaustausch“ verantwortlich machte und ihnen einen „Angriff auf die arabische Identität Nordafrikas“ unterstellte, eine Hetzkampagne gegen alle Schwarzen Menschen in Tunesien eingeleitet. Tunesier\*innen, die ihnen eine Wohnung vermieten oder Arbeit vermitteln, können bestraft werden. So landeten insbesondere Schwarze Menschen, darunter neben Eingewanderten, die sich als Tagelöhner\*innen oder in Haushalten reicher Tunesier\*innen etwas Geld verdient hatten, auch Studierende aus Afrika und zum Teil auch Schwarze Tunesier\*innen, auf der Straße. Dort sind sie seitdem durch ständige Razzien und

Kontrollen bedroht. In den tunesischen Großstädten sind Menschen schwarzer Hautfarbe inzwischen kaum mehr zu sehen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren ist ihnen verboten.

Geflüchtete aus verschiedenen afrikanischen Ländern südlich der Sahara versuchen seitdem, an der Küste im Norden von Sfax in selbstorganisierten Camps in Zelten aus Plastikplanen zu überleben. Die Camps werden inzwischen durch aus der EU gelieferte Drohnen überwacht. Fast täglich gibt es dort Razzien, die Zelte werden zerstört und Menschen festgenommen und in vielen Fällen in die Wüste an der algerischen Grenze abgeschoben oder an libysche Milizen verkauft, die sie inhaftieren und foltern, um Geld zu erpressen (siehe <https://statetrafficking.net/>).

Das Watch the Med Alarm Phone<sup>2</sup> erfuhr immer wieder von solchen Abschiebungen in Grenzregionen, auch nach „interceptions“ (Aufgreifen und Zurückbringen) von Booten durch die tunesische Küstenwache. Nur in wenigen Fällen war es möglich, über Kontakte zu Anwälte\*innen und Journalist\*innen zu verhindern, dass die Menschen ohne Wasser und Nahrung ums Leben kamen. Einige berichteten, gefesselt in Busse gesetzt, geschlagen, misshandelt oder sogar angeschossen worden zu sein. Selbst schwangere

<sup>1</sup> <https://www.unhcr.org/media/unhcr-tunisia-operational-update-november-2025>

<sup>2</sup> <https://alarmphone.org/en/category/reports/>

Frauen und Kinder wurden nicht verschont. In den meisten Fällen wurden den Geflüchteten Handys und Geld abgenommen, so dass sie niemanden mehr kontaktieren konnten. Laut Bericht von Amnesty International von November 2025<sup>3</sup> (siehe Link unten) wurden seit Juni 2023 mindestens 70 Kollektiv-Abschiebungen, die mehr als 11.500 Menschen umfassten, in Wüstenregionen an den Grenzen durchgeführt. Viele der Abgeschobenen landeten im nigrischen Grenzort Assamaka, erlebten also Kettenabschiebungen von Tunesien über Algerien nach Niger (siehe S. 104).

### „Freiwillige“ Rückkehr

Ende 2025 hat die tunesische Regierung auch mehr Abschiebungen in Herkunftsländer organisiert, meist in Kooperation mit der IOM (International Organisation of Migration) und deklariert als „voluntary return“ („freiwillige Rückkehr“). Geflüchtete berichteten, dass die IOM oft gemeinsam mit Polizei und Militär zu den Camps in den Olivenhainen kommt und die Menschen dort vor die Alternative stellt, entweder festgenommen und in die Wüste deportiert zu werden oder eine „freiwillige Heimreise“ zu akzeptieren. Im Dezember 2025 gab es wöchentliche Abschiebeflüge vor allem in westafrikanische Länder (Elfenbeinküste, Guinea-Conakry, Burkina Faso, Mali, Kamerun u.a.) und die tunesische Regierung rühmte

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.org/en/documents/med30/0180/2025/en>

sich, in 2025 fast 10.000 Menschen abgeschoben zu haben.

### Verhinderung von Bootsabfahrten und Tote auf See

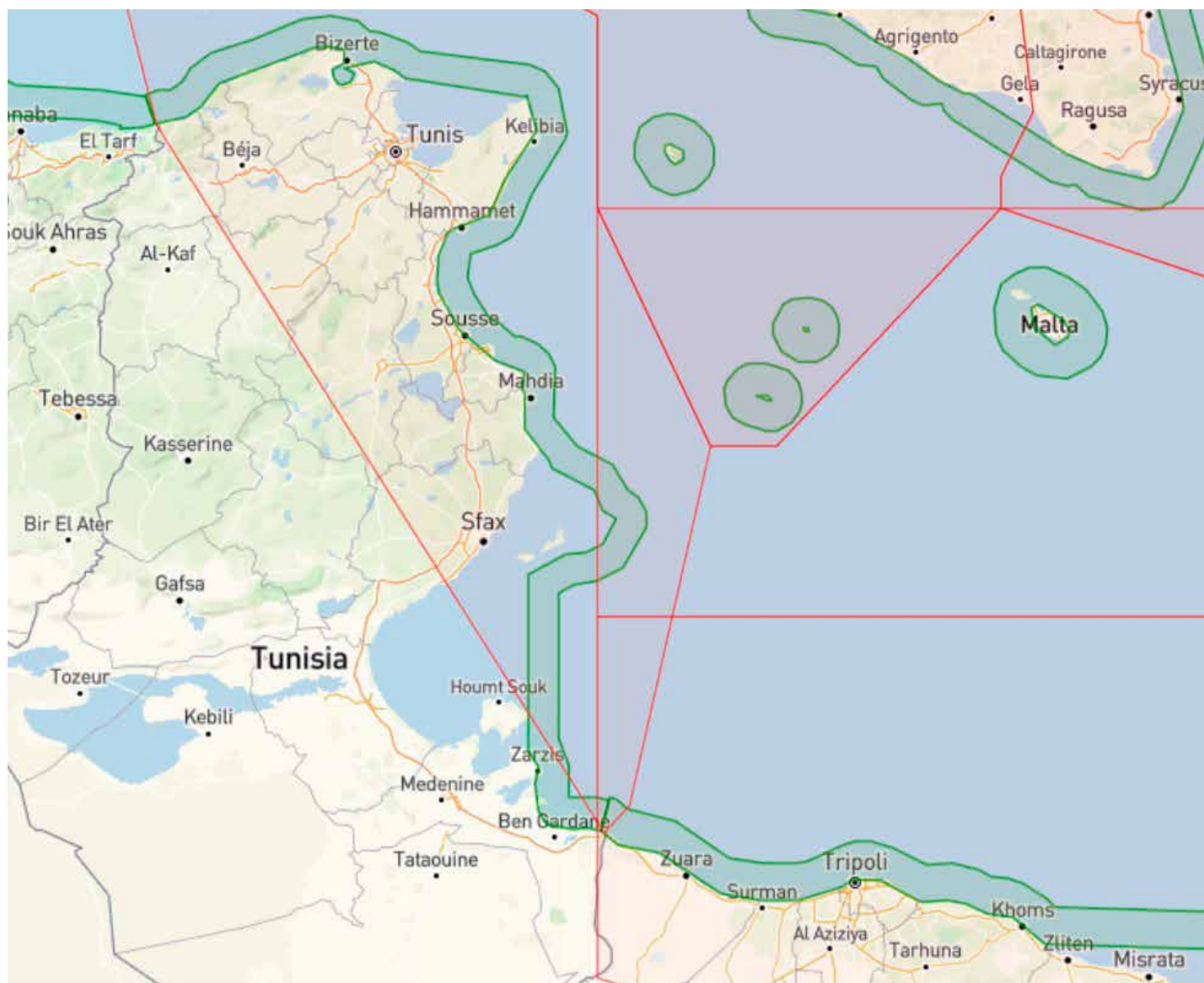
Die tunesische Küstenwache schafft es inzwischen, so gut wie alle Abfahrten von Booten mit Flüchtenden zu verhindern – Drohnen und Schnellboote dafür hat sie aus der EU reichlich bekommen. Trotzdem versuchen weiterhin Menschen wegen der unerträglichen Lage in Tunesien die Überfahrt nach Italien. Bisher wurden dafür vor allem schnell zusammengeschweißte Metallboote benutzt, die völlig seeuntüchtig sind. In der letzten Zeit gab es offenbar in diesen Werkstätten Razzien und neuerdings fahren Menschen auch in aufblasbaren und damit leichter zu versteckenden Schlauchbooten los, die ebenfalls für eine Fahrt nach Lampedusa nicht geeignet sind. Schon deshalb, aber auch wegen gewaltsamer Interventionen der tunesischen Küstenwache erleiden viele der Boote Schiffbruch und es kommt oft zu Toten. Nur wenige Boote können von zivilen Rettungsschiffen gefunden und ihre Passagiere nach Lampedusa gebracht werden, aber da Boote aus Tunesien keine Satellitentelefone haben dürfen, ist die Suche nach ihnen schwierig.

Katastrophal war die Situation Mitte Januar 2026, als im zentralen Mittelmeer der Zyklon Harry tobte mit bis zu 120 km/h. Es kam zu 7m hohen Wellen auf

See. Trotzdem sind zwischen dem 14. und 21.1. mindestens acht und wahrscheinlich viel mehr seeuntüchtige Boote von der tunesischen Küste Richtung Lampedusa losgefahren. Wie durch ein Wunder kam ein Boot mit 61 Überlebenden in Lampedusa an, aber eine Frau hatte unterwegs ihre zweijährigen Zwillinge verloren und ein Mann starb kurz nach der Ankunft. Ein Mann von einem der Boote, über das das Alarm Phone von Verwandten informiert worden war, wurde nach Malta gerettet. Er überlebte, weil er sich 24 Stunden lang am Wrack des Boots über Wasser halten konnte, bevor er von einem Segelboot entdeckt wurde. Die anderen 50 Menschen ertranken.

Medien berichteten, dass nach offiziellen Angaben mindestens 380 Menschen auf der Route nach Lampedusa vermisst werden. Nach Recherchen der Selbstorganisationen „Refugees in Libya“ und „Refugees in Tunisia“ sollen kurz vor und während des Zyklons sogar mehr als 1.000 Menschen von der tunesischen Küste losgefahren sein. Von ihnen fehlt jede Spur. Verwandte von Menschen auf solchen Booten, die beim Alarm Phone anriefen, sagten, dass sie von dem Sturm wussten. Warum sind sie trotzdem losgefahren? Zum einen gab es die Hoffnung, dass die tunesische Küstenwache bei diesem Unwetter nicht aufs Meer fahren und sie zurückbringen würde. Zum anderen war wohl die Verzweiflung der Menschen aufgrund ihrer Lage größer als die Angst vor dem nassen Tod.





### Transnationale Solidarität notwendig

Das Watch the Med Alarm Phone und viele Seenotrettungs- und Menschenrechtsorganisationen protestieren seit vielen Jahren gegen diese tödliche Migrationspolitik und auch in Tunesien gibt es Widerstand, der allerdings mit harter Repression konfrontiert ist. Organisationen, die Migrant\*innen und Geflüchtete unterstützen, werden inzwischen alle mit Verhaftungen, Durchsuchungen ihrer Büros und Verbot jeglicher Kontakte zu den Orten, an denen Geflüchtete sich aufhalten, an der Arbeit gehindert. Geldüberweisungen aus dem Ausland werden ebenfalls kriminalisiert. Mit Begründungen wie „Kontrolle ihrer Finanzierung“ haben die tunesischen Behörden Ende Oktober 2025 sogar das angesehene und bisher vom Staat geduldete „Tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte“ (FTDES) suspendiert und erst

nach internationalen Protesten konnte ein Monat später seine Arbeit wieder aufnehmen.

Geflüchtete in den selbstorganisierten Lagern nördlich von Sfax haben mehrfach versucht, gemeinsam gegen die brutalen Razzien und Festnahmen zu protestieren, z.B. im Mai 2025 (siehe Videos dazu<sup>4</sup>). Sie forderten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, die es sonst nur selbstorganisiert durch einen geflüchteten Arzt im Camp gibt, Wasser, Nahrung und das Recht, sich in Tunesien aufzuhalten und zu arbeiten. Es ist wichtig, solche Proteste bekannt zu machen und die Protestierenden zu unterstützen.

Aktivist\*innen in Europa versuchen, mit Stellungnahmen und Aktionen gegen die massiven Verschärfungen der EU-Migrati-

onspolitik und die zunehmende Kriminalisierung nicht nur der Flüchtenden, sondern auch ihrer Unterstützer\*innen, z.B. der zivilen Seenotrettungsorganisationen, zu protestieren.

Konkret zu Tunesien muss es nach dem Beschluss des Europäischen Parlaments am 10.2.2026 (siehe S. 21) jetzt darum gehen, die Umsetzung der Erklärung zu einem „sicheren Herkunftsland“ und zu einem „sicheren Drittstaat“ zu verhindern, in den nach Inkrafttreten des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ab Juni 2026 auch Menschen, die nicht aus Tunesien stammen, sondern dort nur durchgereist sind, abgeschoben werden können.

Conni Gunßer engagiert sich beim Alarm Phone.  
<https://www.alarmphone.org>

<sup>4</sup> <https://x.com/refugeesinlibya/status/1921891388486033491?s=46> und <https://x.com/davidyambio/status/1921917504642855143?s=46>